

Bekanntmachung
Öffentliche Ausschreibung nach § 3(1)
VOB/A 1. Abschnitt

Vergabestelle

Name **Stadtwerke Neuwied GmbH**
Geschäftsbereich 103 Ausschreibungen

Straße **Hafenstraße 90**

PLZ, Ort **56564 Neuwied**

Fax **02631 / 85-1573**

E-Mail **ausschreibungen@swn-neuwied.de**

Internet **ausschreibungen.swn-neuwied.de**

Die Vergabestelle schreibt im Namen und im Auftrag des Mandanten Kreiswasserwerk Neuwied, Hafenstraße 90, 56564 Neuwied nachstehende Maßnahme in Form eines elektronischen Vergabeverfahrens öffentlich aus.

Mandant **Kreiswasserwerk Neuwied**
Tief- und Rohrbauarbeiten

Vergabeverfahren **Öffentliche Ausschreibung, gemäß § 3 Abs. 1 VOB/A 1. Abschnitt**
Vergabenummer **auftragsabhängig**

**Kommunikation/
Elektronische Adresse** *Angaben zum elektronischen Vergabeverfahren:*

Es gelten die Regelungen gemäß § 11 Absatz 1 Satz 2 VOB/A Grundsätze der Informationsübermittlung.

Die Kommunikation im Rahmen des Verfahrens erfolgt ausschließlich über die Vergabepattform „subreport ELViS“.

Die Vergabeunterlagen werden auf der Vergabepattform „subreport ELViS“ elektronisch zur Verfügung gestellt.

Ein Versand der Vergabeunterlagen auf dem Postweg erfolgt grundsätzlich nicht!!!

Die Vergabeunterlagen können von den interessierten Unternehmen unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt unter dem folgenden Link

<https://www.subreport.de/E52895374>

abgerufen werden.

Es ist selbstverständlich jedem Interessenten freigestellt, sich für den Zugang zur Auftragsbekanntmachung und zu den Vergabeunterlagen über die Vergabeplattform „subreport ELViS“ freiwillig und kostenlos registrieren zu lassen.

Diese Registrierung kann auf der Homepage der Firma subreport unter folgendem Link

<https://www.subreport-elvis.de/anmeldung.html>

vorgenommen werden.

Wichtiger Hinweis!!!

Für sämtliche sonstige Aktivitäten, wie das Stellen einer Frage zum Verfahren, die fortwährende Kenntnisnahmemöglichkeit von Bieterfragen-/antworten, Informationen zu den Vergabeunterlagen, die Einreichung eines Angebots und die Nachforderung von Unterlagen, ist die vorgenannte Registrierung hingegen erforderlich.

Nur auf dieser Basis kann ein Informationsaustausch zwischen der Vergabestelle und den Unternehmen während des Vergabeverfahrens gewährleistet werden.

Ohne vorherige Registrierung erfolgt keine unmittelbare Benachrichtigung über neue Informationen zum Vergabeverfahren durch die Vergabestelle über subreport ELViS!!!

*Unternehmen, die von der Möglichkeit der freiwilligen Registrierung keinen Gebrauch machen, müssen **sich selbstständig informieren**, ob Vergabeunterlagen zwischenzeitlich geändert wurden oder ob der öffentliche Auftraggeber Fragen zum Vergabeverfahren beantwortet hat. Unterlassen die Unternehmen dies, liegt das Risiko, ein Angebot auf der Grundlage veralteter Vergabeunterlagen erstellt zu haben und **daher im weiteren Verlauf vom Verfahren ausgeschlossen** zu werden, bei ihnen.*

**Elektronische Vergabe
(E-Vergabe)**

Die Unternehmen übersenden **ihr Angebot in Textform** mithilfe elektronischer Mittel gemäß § 11 Absatz 4 VOB/A !

Eine elektronische Angebotsabgabe für dieses Vergabeverfahren ist **nur in Textform** nach § 126b des Bürgerlichen Gesetzbuchs möglich. Danach sind die Vergabeunterlagen an den geforderten Stellen unter Angabe des Namens des Unterzeichners zu unterschreiben und als Scan einzureichen.

Wichtiger Hinweis: Eine elektronische Angebotsabgabe mit einer fortgeschrittenen elektronischen Signatur gemäß § 2 Nummer 2 des Signaturgesetzes (SigG) oder gemäß § 2 Nummer 3 SigG ist nicht zugelassen!!!

Eine Anleitung zum Hochladen des Angebots ist verfügbar unter dem Link: [Anleitung zum Hochladen eines Angebots](#)

Das Angebot ist vollständig unter Beifügung der in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Nachweise einzureichen.

Art des Auftrages

Ausführung von Bauleistungen

Ort der Ausführung

In der Kreisstraße 11 (K 11, Im Denet und Burgstraße) in 53545 Ockenfels, VG Linz am Rhein

**Art und Umfang
der Leistung**

Tiefbauarbeiten

ca. 325 m³ Aushub und Verfüllung für Leitungsgräben und Montagegruben

Rohrbauarbeiten

ca. 190 lfdm Druckrohre PE 100, SDR 17, DA 160

ca. 125 lfdm Druckrohre PE 100, SDR 11, DA 110

Aufteilung in Lose

NEIN

Ausführungsfristen **Mit der Ausführung ist zu beginnen:**
Unverzüglich nach Auftragserteilung
Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen):
Am 28.06.2019

Nebenangebote **Sind nicht zugelassen.**

Bereitstellung/Anforderung der Vergabeunterlagen

Die Vergabeunterlagen können unentgeltlich, uneingeschränkt, vollständig und direkt unter dem folgenden Link

<https://www.subreport.de/E52895374>

abgerufen werden.

Ablauf der
Angebotsfrist **12.01.2019, Uhrzeit: 11:00**

Form der
Angebotsabgabe **Angebote können übermittelt bzw. abgegeben werden:**

In Textform mithilfe elektronischer Mittel (Über die Vergabepattform „subreport ELViS“)

In Papierform (Postweg oder persönliche Abgabe im verschlossenen Umschlag)

Angebotsabgabe in Papierform

Der Angebotsumschlag muss verschlossen und zwingend durch den Etikett-Aufkleber gekennzeichnet sein!

Der Bieter hat neben dem Ausdruck des Leistungsverzeichnisses zusätzlich das Leistungsverzeichnis als GAEB DA84-Datei oder GAEB X84-Datei zum schnelleren Datenaustausch zur Verfügung zu stellen.

Hierbei ist zu beachten, dass die zur Verfügung gestellten Daten in der Nummerierung beibehalten und nicht geändert werden dürfen!!

Die Angebote müssen fristgerecht eingegangen und an den dafür vorgesehenen Stellen unterschrieben sein.

Die in papiergebundener Form eingereichten Angebote, werden nach dem Eröffnungstermin in das elektronische Verfahren übernommen.

Das Angebot ist vollständig unter Beifügung der in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Nachweise einzureichen.

Angebote in Papierform sind an die Vergabestelle zu richten:

Stadtwerke Neuwied GmbH, Geschäftsbereich 103 Ausschreibungen, Hafestraße 90, 56564 Neuwied

Elektronisch übermittelte Angebote in Textform

Bei einem elektronisch übermitteltem Angebot in Textform ist der Name der natürlichen Person, die die Erklärung abgibt, zwingend anzugeben und das Angebot bei <https://www.subreport.de/E52895374> hochzuladen.

Angebotsprache **Die Angebote müssen in Deutsch abgefasst sein.**

Eröffnungstermin **12.01.2019, Uhrzeit: 11:00**

Ort: Stadtwerke Neuwied GmbH, Hafestraße 90, 56564 Neuwied im Büro 3. EG 5 Erdgeschoss Nebengebäude. Zu diesem Zeitpunkt findet unter www.subreport.de auch die elektronische Eröffnung statt.

Bieter **Bei der Öffnung der Angebote dürfen Bieter und ihre Bevollmächtigten anwesend sein.**

**Geforderte
Sicherheiten**

Gemäß Formblatt 214 der allgemeinen Vergabeunterlagen unter <https://www.subreport.de/E52895374>

Zahlungsbedingungen Gemäß Formblatt 214 der allgemeinen Vergabeunterlagen unter <https://www.subreport.de/E52895374>

**Rechtsform der
Bietergemeinschaft
bei Auftragsvergabe**

Gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft mit bevollmächtigtem Vertreter inklusive Kontaktdaten (Formblatt 234).

Ist die Teilnahme am Wettbewerb **als Bietergemeinschaft** (Arbeitsgemeinschaft) beabsichtigt, hat diese **mit Abgabe des Angebots zu erfolgen**. Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine **von allen Mitgliedern** unterzeichnete Erklärung (unter Zuhilfenahme des Formblatts 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft) abzugeben,

- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
- in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter inklusive Kontaktdaten bezeichnet ist,
- dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
- dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

**Verlangte Nachweise
für die Beurteilung der
Eignung des Bieters**

Präqualifizierte Unternehmen führen den Nachweis der Eignung zunächst durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von Nachunternehmern ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben als vorläufigen Nachweis der Eignung mit dem Angebot die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“ gemäß Formblatt 124 der allgemeinen Vergabeunterlagen unter <https://www.subreport.de/E52895374> vorzulegen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise, insofern gilt folgendes:

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen.

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass es/sie in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren vergleichbare Leistungen ausgeführt hat/haben.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, wird das Unternehmen/die Bietergemeinschaft drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung.

Angaben zu Arbeitskräften

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls das Angebot in die engere Wahl gelangt, hat das Unternehmen/die Bietergemeinschaft die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal anzugeben.

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat eine Auskunft über die Eintragung in das Handelsregister zu geben.

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat eine Angabe zu machen, dass sie nicht zur Eintragung im Handelsregister zu verpflichtet ist.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, sind von dem Unternehmen/der Bietergemeinschaft zur Bestätigung ihrer Erklärung die Gewerbeanmeldung, der Handelsregisterauszug und die Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer vorzulegen.

*Der Nachweis **darf im Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als 3 Monate** sein.*

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass es/sie ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich das Unternehmen/die Bietergemeinschaft nicht in Liquidation befindet.

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat, falls ein Insolvenzplan rechtskräftig bestätigt wurde, auf Verlangen diesen vorzulegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass keine Verfehlung vorliegt, die seine/ihre Zulässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B.

*wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO),
wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO),*

rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen das Unternehmen/die Bietergemeinschaft oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder der sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen

Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr),

Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB), Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB), Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265 b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugefährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324 a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB,

die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass es/sie in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat zu erklären, dass es/sie ihrer Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt hat.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, hat das Unternehmen/die Bietergemeinschaft eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse (soweit der Betrieb beitragspflichtig ist), eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen (soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt) sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorzulegen.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Das Unternehmen/die Bietergemeinschaft hat den Nachweis zu erbringen, dass es Mitglied einer Berufsgenossenschaft ist.

Falls das Angebot in die engere Wahl kommt, ist von dem Unternehmen/der Bietergemeinschaft eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für das Unternehmen/die Bietergemeinschaft zuständigen Versicherungs-trägers mit Angabe der Lohnsummen vorzulegen.

Abschließend wird darauf hingewiesen, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und das Angebot ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

Nicht präqualifizierte Unternehmen haben zum Nachweis der Eignung mit dem Angebot das ausgefüllte Formblatt 124 „Eigenerklärungen zur Eignung“ vorzulegen!! Bei Einsatz von Nachunternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Versicherungsnachweise für präqualifizierte und nicht präqualifizierte Unternehmen

Nachweis einer bestehenden Betriebshaftpflichtversicherung für Personen-, Sach- und Vermögensschäden von einem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen. Die Deckungssumme muss für Personenschäden mindestens 2 000 000 EUR je Versicherungsfall jeweils 1- oder 2-fach pro Versicherungsjahr sowie für Sach- und Vermögensschäden mindestens 250 000 EUR je Versicherungsfall jeweils 1- oder 2-fach pro Versicherungsjahr betragen. Der Nachweis darf im Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist nicht älter als 3 Monate sein. Der Bieter hat mit seinem Angebot den Nachweis über eine Betriebshaftpflichtversicherung zu erbringen. Bietergemeinschaften haben dem Angebot den entsprechenden Nachweis für jedes Mitglied beizufügen. Zulässig ist eine Bestätigung der Versicherung, dass eine den vorgenannten Anforderungen entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung im Falle der Auftragserteilung gegeben ist.

Für die Bestätigung der Versicherung, dass eine den vorgenannten Anforderungen entsprechende Betriebshaftpflichtversicherung im Falle der Auftragserteilung gegeben ist die unter dem Link

<https://www.subreport.de/E52895374>

abrufbare Formularvorlage zu verwenden.

Im Falle der Einreichung der Formularvorlage erfolgen Zahlungen an den Auftragnehmer erst nach Vorlage des Nachweises, dass die geforderte Betriebshaftpflichtversicherung auch tatsächlich besteht.

Zertifizierungen für präqualifizierte und nicht präqualifizierte Unternehmen

Zur Erbringung der Leistung der Versorgungsleitungen ist eine gültige DVGW-Zertifizierung in der jeweiligen Gruppe W3 und eine Wasserkonzession erforderlich. Diese ist auf gesondertes Verlangen des Auftraggebers beizubringen.

Dem Bieter bleibt nachgelassen, eine Zertifizierung, die mit der geforderten Zertifizierung gleichwertig ist, nachzuweisen.

Für den Fall der Bildung einer Bietergemeinschaft ist der Nachweis über die jeweilige Zertifizierung für die Bietergemeinschaft beizubringen.

Der Bauleiter des Auftragnehmers (AN) hat auf Verlangen vor Baubeginn dem verantwortlichen Baubeauftragten des zuständigen Auftraggebers (AG) die RSA - Bescheinigung (Richtlinien für die Sicherung von Arbeitsstellen an Straßen) vorzulegen.

Nachunternehmen

Beabsichtigt der Bieter Teile der Leistung von Nachunternehmen ausführen zu lassen, muss er in seinem Angebot Art und Umfang der durch Nachunternehmen auszuführenden Leistungen angeben und auf Verlangen die vorgesehenen Nachunternehmen benennen.

**Bedingungen für die
Auftragsausführung**

**Landesgesetz zur Schaffung tariftreuerechtlicher Regelungen - Rheinland-Pfalz
Zweites Landesgesetz zur Änderung des Landestariftreuegesetzes vom 8. März 2016**

Wir weisen darauf hin, dass die Verpflichtungserklärung, Erklärung 1 für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) erfasst werden nach § 4 Abs. 1 LTTG, allgemeine Vergabeunterlagen unter <https://www.subreport.de/E52895374>, alternativ die Erklärung 3 nach § 4 Abs. 2 LTTG, allgemeine Vergabeunterlagen unter <https://www.subreport.de/E52895374> ab einem geschätzten Auftragswert von 20 000 Euro netto eingereicht werden muss und sich nur auf Auftragnehmer (außer Auszubildende) bezieht, die zur Erbringung der Leistung in der Bundesrepublik Deutschland eingesetzt werden.

Bei der Beauftragung von Nachunternehmern oder dem Einsatz von Arbeitnehmern eines Verleihers ist die Verpflichtungserklärung, der Vergabestelle vorzulegen, wenn das Auftragsvolumen des Nachunternehmers oder Verleihers mindestens 10 000 Euro netto beträgt.

Aktuelle Verwaltungsvorschrift "Öffentliches Auftrags- und Beschaffungswesen in Rheinland-Pfalz vom 24.04.2014"

Abgabe der Erklärung zur Umsetzung der Ziffer 8 der Verwaltungsvorschrift Öffentliches Auftrags- und Beschaffungswesen in Rheinland-Pfalz – bevorzugte Berücksichtigung von Ausbildungsbetrieben, allgemeine Vergabeunterlagen unter <https://www.subreport.de/E52895374>

Abgabe der Erklärung zur Umsetzung der Ziffer 9 der Verwaltungsvorschrift Öffentliches Auftrags- und Beschaffungswesen in Rheinland-Pfalz - bevorzugte Berücksichtigung von Unternehmen mit Frauenfördermaßnahmen, allgemeine Vergabeunterlagen unter <https://www.subreport.de/E52895374>

Nachforderung

Das Angebot ist vollständig unter Beifügung der in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen geforderten Erklärungen und Nachweise einzureichen.

Fehlen geforderte Erklärungen oder Nachweise und wird das Angebot nicht entsprechend § 16 Absatz 1 oder 2 ausgeschlossen, verlangt der Auftraggeber die fehlenden Erklärungen oder Nachweise nach. Diese sind spätestens innerhalb von sechs Kalendertagen nach Aufforderung durch den Auftraggeber vorzulegen. Die Frist beginnt am Tag nach der Absendung der Aufforderung durch den Auftraggeber. Werden die Erklärungen oder Nachweise nicht innerhalb der Frist vorgelegt, ist das Angebot auszuschließen.

Zuschlagskriterium

Preis

Verfahrensablauf für den Eingang von Bieterfragen

01.02.2019, 12:00 Uhr *Ablauf der Frist für den Eingang von Bieterfragen*

05.02.2019 *Veröffentlichung/Übersendung des letzten Fragen-Antworten-Katalogs*

Bieterfragen sollen bis zum v. g. Fristablauf über die Vergabeplattform subreport ELViS unter dem Link:

<https://www.subreport.de/E52895374>

gestellt werden.

Bindefrist

31.03.2019

Die Maßnahme bedarf der Zustimmung des Werkausschusses des Kreiswasserwerkes Neuwied, der erst im März 2019 tagen wird. Dementsprechend wird die Bindefrist auf den 31.03.2019 festgelegt.

Sonstige Hinweise

Dem Bieter wird dringend empfohlen, sich vor Angebotsabgabe über die örtlichen Gegebenheiten im Bereich der Baumaßnahmen zu informieren und sich genaue Kenntnis über den Umfang und den Schwierigkeitsgrad der durchzuführenden Arbeiten, in besonderem Maße im Bereich der Nebenanlagen, zu verschaffen.

Eine Angebotsabgabe in Papierform ist zulässig, nicht hingegen eine Angebotsabgabe per Fax oder als E-Mail.

Der Auftraggeber begrüßt ausdrücklich die Abgabe elektronischer Angebote!

Nachprüfungsstelle

*Vergabepflichtstelle bei der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion Rheinland-Pfalz, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier.
Kontakt: Vergabepflichtstelle@add.rlp.de*

Projekt Nr. 14 - 2019

Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer

Vergabenummer

Vergabeart

- | | |
|--|--|
| <input type="checkbox"/> Öffentliche Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Offenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> Beschränkte Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Nichtoffenes Verfahren |
| <input type="checkbox"/> Freihändige Vergabe | <input type="checkbox"/> Verhandlungsverfahren |
| <input type="checkbox"/> Internationale NATO-Ausschreibung | <input type="checkbox"/> Wettbewerblicher Dialog |

Baumaßnahme

Leistung

- | | |
|---|--|
| <input type="checkbox"/> Bewerber*)
<input type="checkbox"/> Bieter*
<input type="checkbox"/> Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft*
<input type="checkbox"/> Nachunternehmer*
<input type="checkbox"/> anderes Unternehmen* | |
|---|--|

<i>Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen</i>	€
	€
	€

Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten

- drei Jahren¹
 fünf Jahren²

vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die Referenznachweise bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

*) zutreffendes ankreuzen

¹ Vergabeverfahren nach Abschnitt 1 VOB/A

² Vergabeverfahren nach Abschnitt 2 oder 3 VOB/A

Angaben zu Arbeitskräften

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb sind die o.g. Angaben bereits mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Eintragung in das Berufsregister ihres Sitzes oder Wohnsitzes

- Ich bin/Wir sind im Handelsregister eingetragen.
 Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in das Handelsregister verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregisterauszug und Eintragung in der Handwerksrolle bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation

- Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
 Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt

Ich/Wir erkläre(n), dass

keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bewerber in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), Verstoß gegen § 81 Absatz 1 Nummer 1 GWB, rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder der sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen

Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB), Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB), Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265 b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhänge mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugesfährdung (§ 319 StGB), Gewässer- und Bodenverunreinigung (§§ 324, 324 a StGB), unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen (§ 326 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde. Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 € belegt worden bin/sind.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse³, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen⁴ sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)⁵

³ soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

⁴ soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt

⁵ nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist